

(Beifall)

Ich fürchte, daß der Bürger, wir übrigens auch, diese konstruierte Situation nicht verstehen wird. Es liegt ein Antrag der DSU-Fraktion vom 17. Juni vor. Irgendwann wurde er damals mit Zweidrittelmehrheit bestätigt. In den Ausschüssen sollte er bearbeitet werden.

Nun kommt der Antrag der Liberalen. Die Absicht ist klar. Es geht um die 5%-Hürde bei den Wahlen. Hier liegt also des Pudels Kern. Die Liberalen wollen die einheitlichen Wahlbedingungen in ganz Deutschland. Die DSU betrachtet sich aber als eine Partei des Herbstes.

(Heiterkeit bei SPD und Bündnis 90/Grüne)

Wir sind nicht in ganz Deutschland auf die Straße gegangen, sondern auf dem Territorium der heutigen Noch-DDR. Also entscheiden unsere Bürger und damit auch wir über unsere Leute im Deutschen Bundestag. Die Liberalen verweisen natürlich auf die bundesdeutsche FDP. Dasselbe macht ja auch die SPD.

(Zuruf eines SPD-Abgeordneten: Nein, wir verweisen auf die SPD.)

Wir sind froh über die loyale Haltung der CDU/DA-Fraktion und des Ministerpräsidenten. Uns verwundert aber der Stil der Liberalen, die bisher korrekt und konstruktiv in der Regierungskoalition mitgearbeitet haben. Den Ausschluß der jungen Gruppierung betrachten wir als einen unfreundlichen Akt. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß hier von bundesdeutscher Seite entscheidend mitgesteuert wird.

(Beifall bei SPD und den Liberalen - Zuruf eines Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne: Das ist etwas ganz Neues.)

Es bedarf nicht vieler Worte, da die Absicht so eindeutig ist. Die DSU kann also diesem Manöver auf keinen Fall zustimmen, erklärt natürlich nochmals, daß sie die schnellstmögliche Einigung will. Vielfach hört man, es müsse doch ein einheitliches Wahlrecht für die gesamtdeutsche Wahl geben, und deshalb müsse die Einheit am Tage vor der Wahl vollendet werden.

Aber dies wird durch die vorliegenden Anträge nicht gewährleistet. Wahlberechtigt und wählbar sind nach dem Antrag DDR-Bürger. Aber die soll es ja am Tag der Wahl gar nicht mehr geben. In Wirklichkeit will der Antrag, daß nur DDR-Bürger zur Wahl vorgeschlagen werden können. Was ist das eigentlich für ein einheitliches Wahlrecht?

Warum kann zum Beispiel kein bundesdeutscher Anwalt auf einer Berliner Liste der FDP stehen? Warum trennt man unser deutsches Volk in zwei Teile für die ganze Wahlvorbereitung und führt es dann blitzartig zusammen für die Wahl?

Der Geltungsbereich des vorgeschlagenen Wahlgesetzes ist ohne Zweifel die DDR. Dieses Gesetz wül einen Deutschen Bundestag aus 650 Abgeordneten wählen. Nach simpler Gesetzeslogik muß die DDR 650 Wahlkreise bilden. Oder bildet sich jemand ein, diese Volkskammer könnte jetzt schon Gesetze für ganz Deutschland verabschieden?

Mit dem Tage der Wirksamkeit des Beitritts wäre das Gesetz ohnehin hinfällig. Wir hätten die absurde Situation, daß der Wahlvorgang stattfindet, nachdem für den Bereich der DDR das Gesetz die Wirksamkeit verloren hat.

Meine Damen und Herren von den Liberalen! Dann vergessen Sie doch dieses Wahlgesetz! Dann treten wir bei, und es gilt das Wahlgesetz der Bundesrepublik. Aber dann erklären Sie mal, warum wir nicht mit sofortiger Wirkung beitreten. Dann könnte eine ordentliche Bundestagswahl durch Bundeswahlleiter vorbereitet werden, und wir hätten wirklich ein einheitliches Wahlrecht.

(Vereinzelt Beifall)

Was hier vorgelegt wird, ist eine wahltaktische Variante, weiter nichts.

Eine angeblich einheitliche Wahl mit zwei obersten Wahlkommissionen, eine angebliche einheitliche Wahl mit der Fest-

legung einer Kandidatur für verschiedene Staatsbürger in verschiedenen Gebieten, eine angebliche einheitliche Wahl, die in einem Teil des Gebietes durch Organe und Gesetze geregelt wird, die sich noch vor der Wahl abschaffen.

In die Ausschüsse gehört dieses Papier!

(Heiterkeit und Beifall bei CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Ich danke dem Abgeordneten Schwarz. Ich sehe keine Anfragen und bitte dann Herrn Abgeordneten Schulz vom Bündnis 90/Grüne, das Wort zu nehmen.

Schulz für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was wir hier erleben, ist nicht nur eine Bombenstimmung in diesem Hause,

(Heiterkeit)

sondern eine äußerst vordergründige Diskussion, wo es wirklich nicht um den besten Weg zur Vereinigung geht oder um eine überschaubare Chronologie zu dieser Vereinigung, sondern - es ist bereits gesagt worden - um das günstigste Verfahren, den jeweils erkennbaren Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen,

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

also reine Wahltaktik. Das sieht man nun auf jeder Seite etwas anders. Und da Sie alle so viel Interesse haben, die Bürgerbewegung zu bewahren, die authentischen Kräfte des Herbstes, ich hoffe, meine Damen und Herren auf der linken, auf der rechten Seite und in der Mitte, Sie bieten uns alle sichere Listenplätze an.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne, bei der SPD und der PDS)

Da könnten Sie Ihr Versprechen zumindest verifizieren.

Um die Einheit solide und überschaubar zu gestalten, sollte man sich nicht ständig hinter diesen Maximen „Wir sind das ...“, „Wir sind ein Volk“ verstecken, sondern man sollte es vielleicht mal fragen, was es davon hält, was hier läuft,

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und bei der PDS)

ob dieser Prozeß nicht zu schnell ist, ob dieses Tempo nicht zu hoch ist. Aber ich habe den Eindruck, die Volkskammer ist schon längst selbst das Volk geworden oder empfindet sich zumindest so.

(Unruhe im Saal)

Die Meinungsumfragen, die uns vorliegen - die jüngsten zumindest sagen, daß 74 Prozent der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland dieses Tempo, das Sie einschlagen, zu hoch ist, daß sie nicht mehr mitkommt.

Und um mal diese sattsam bediente Metapher der fahrenden Züge zu benutzen: Es kümmert Sie offensichtlich überhaupt nicht mehr, daß da etliche Menschen an den Bahnsteigen stehengeblieben sind, die gar nicht ankommen, wo sie hin wollen.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und bei der PDS)

Natürlich kann man den Beitritt vorher erklären; dann haben wir automatisch das Bundeswahlgesetz, alles wird durch § 55 im Bundeswahlgesetz geregelt - können Sie nachlesen -, automatisch. Nein, ich denke, wir stolpern hier über eine Situation, die Sie offenbar zu dem Zeitpunkt, als wir sie gestellt haben in dem Haus, nicht richtig erkannt haben; daß wir eigentlich gar keine verfassungsrechtlichen Möglichkeiten haben, um diese Vereinigung zu lösen.

(Beifall, vor allem bei der PDS)

Nur der Staatsvertrag in seiner Präambel regelt jetzt das Vereinigungsverfahren. Und wir wären viel besser dran in der jetzigen Diskussion, hätten wir den Verfassungsentwurf vom Runden Tisch. Ja, natürlich, aber natürlich!

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und bei der PDS sowie vereinzelt bei der SPD - Gelächter und Protest)